Ansbacher Friedenskonferenz mit Vertretern aus Italien, Tschechien und den USA – Resolution:

Den Widerstand europaweit enger vernetzen

Hinweis auf rechtliche Grundlagen – Vorschlag: Alternative Städtepartnerschaft mit Vicenza

ANSBACH (sh) – Der Widerstand gegen fremde Militärstützpunkte und die militärische Infrastruktur soll europaweit enger vernetzt werden. Dies ist das Ergebnis der „Ansbacher Friedenskonferenz". Am Samstag hatten sich dazu rund 75 Vertreter aus Deutschland, Italien, Tschechien und den USA in der Evangelischen Schule getroffen.

In einer „Ansbacher Resolution" werden drei Projekte genannt, die es zu verhindern gelte: die Nutzung des Urlasgeländes sowie der Katterbacher Kaserne (beide in der Rezatstadt) durch die US-Armee, die Militärbasis in Vicenza (Italien) und der Aufbau eines Radarstation in der Nähe von Prag.

Tobias Pflüger, Mitglied der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken im Europa-Parlament, und Wolfgang Jung von der Bürgerinitiative gegen den US-Stützpunkt Ramstein wiesen auf die rechtlichen Grundlagen von fremden Militärbasen in Deutschland hin.

Danach kann Deutschland auch ohne Austritt aus der Nato die einschlägigen Verträge kündigen – mit der Folge, dass zwei Jahre nach dieser Kündigung alle fremden Truppen die Bundesrepublik verlassen müssten. Die von US-Amerikanern und Briten genutzten Kasernen seien Liegenschaften des Bundes; sie seien der Nato nur zeitweilig überlassen.

Ein Teilnehmer der Friedenskonferenz folgerte daraus, dass sich der Protest „eigentlich gegen die deutschen Politiker" richten müsste.

Ein Vertreter aus Tschechien forderte eine Abstimmung über die Militärstützpunkte. Wie Miroslav Polreich (Prag) darlegte, lehnt die stärkste Regierungspartei in Prag ein solches Referendum jedoch ab. Für die Ansbacher Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's" griff Heinz Kreiselmeyer diesen Vorschlag auf: „Die Bevölkerung soll entscheiden."

Angesichts des Widerstandes in Vicenza gegen Pläne der US-Armee schlug Kreiselmeyer eine „alternative Städtepartnerschaft Ansbach-Vicenza" vor. 2006 war Ansbach eine Partnerschaft mit Fermo eingegangen.

Rund 75 Frauen und Männer, darunter Vertreter aus Tschechien, Italien und den USA, waren am Samstag zur Ansbacher Friedenskonferenz in die Evangelische Schule gekommen. *Foto: Haberl*

Die Friedenskonferenz wurde vom Ansbacher Friedensbündnis (AFB) veranstaltet. Das Bündnis kämpft zusammen mit anderen Gruppen in der BI „Etz langt's" gegen die Baupläne der US-Armee in Ansbach.

Fränkische Landeszeitung vom 26.11.2007